

Politische Grundsätze

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herausgeberin:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Referat Öffentlichkeitsarbeit

Baunscheidtstr. 1 a, 53113 Bonn

Redaktion: Norbert Franck (v.i.S.d.P.)

Fotos: dpa (5), G.A.F.F., Ralph Rieth (23), Joker (25) Manfred Linke, laif (32)

Gestaltung: Herbert Peters

Druck: Farbo, Köln

Inhalt

Einleitung

Politisches Vorwort

- Das politische Erbe
- Zur Geschichte der GRÜNEN
- Zur Entstehung von BÜNDNIS 90
- Naht- und Trennungslinie
- Deutschlandpolitik

Politik vor der Entscheidung

- Der Epochenbruch hat erst begonnen
- Zur Schiefelage der Nation
- Ökologie in der Warteschleife
- Demokratie in der Krise
- Chance des Wandels
- Entscheidende Aufgaben der nächsten Jahre

Grundkonsens

Präambel

Grundwerte

- Menschenrechte
- Ökologie
- Demokratie
- Soziale Gerechtigkeit
- Gesellschaftliche Gleichstellung von Frauen und Männern
- Gewaltfreiheit

Für eine neue politische Kultur

Eine neue politische Organisation

Seit Mai 1993 gibt es in der Bundesrepublik eine neue Partei:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zwei Parteien haben sich zu einer neuen zusammengeschlossen: die 1980 gegründeten GRÜNEN und das BÜNDNIS 90, der 1991 entstandene Zusammenschluß der Bürgerbewegung gegen das SED-Regime. Über die politischen Grundlagen und Ziele von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gibt diese Broschüre Auskunft. Sie enthält das politische Vorwort zum Vertrag über die Vereinigung beider Parteien und den *Grundkonsens*, der Bestandteil des Vereinigungs-Vertrages ist. Beide Texte sind kein Parteiprogramm. Sie dokumentieren das gemeinsame politische Verständnis über die Probleme dieser Republik und die Wege, die aus der Krise führen können. Die politischen Grundsätze von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind auch Selbst-Verständigung: Wenn aus zwei Parteien eine wirklich neue - gesamtdeutsche - entstehen soll,

- dann müssen sich die Beteiligten verständigen;
- dann muß ein Verfahren gewählt werden, in dem beide Seiten gleichberechtigt sind,
- dann verbietet sich also eine Vereinigung nach dem Muster der Bonner Anschlußpolitik.

Dieser Anspruch bedeutete zum einen: Eine Organisation kann der anderen nicht die Ziele und Inhalte der gemeinsamen Politik vorschreiben. Dieser Anspruch erforderte zum anderen: Demokratie in der Gestaltung der gemeinsamen Partei-Struktur. Deshalb hat die nach Mitgliederzahlen größere Organisation, DIE GRÜNEN, nicht der kleineren ihre Bedingungen diktiert. Deshalb standen Gleichberechtigung, die Berücksichtigung der unterschiedlichen politischen Erfahrungen in den Verhandlungen über das Zusammengehen von BÜNDNIS 90 und DIE GRÜNEN an oberster Stelle. Deshalb haben sich beide Organisationen - zum Beispiel - entschieden, daß beide Partnerorganisationen einEn gleichberechtigtEn SprecherIn stellen - und nicht ganz selbstverständlich der neue Parteichef der alte aus dem Westen ist. Und das Zusammengehen von GRÜNEN und BÜNDNIS war keine Angelegenheit, die ausschließlich in den Händen der Parteispitzen lag. Vielmehr wurden alle Mitglieder in einer Urabstimmung befragt. Ergebnis: 910/0 der Grünen und 850/0 der Mitglieder von BÜNDNIS 90 stimmten für die Assoziation beider Parteien. Dieser Prozeß hat Zeit gekostet. Er hat, meinen wir, gelohnt. Entstanden ist die erste und einzige authentische gesamtdeutsche Partei. BÜNDNIS 90 und DIE GRÜNEN haben in einem demokratischen Prozeß gezeigt, daß es andere politische Mittel und Wege gibt als die praktizierte Anschlußpolitik, die zu einer gefährlichen Schiefelage der Nation führte. Wir stehen für eine demokratische, soziale und ökologische Gestaltung der inneren Einheit.

Politisches Vorwort

Das politische Erbe

Vor 60 Jahren wurde das demokratische Deutschland durch den Nationalsozialismus zerschlagen. Jahre danach das „Dritte Reich“ durch den von ihm begonnenen Krieg zerstört. Als Folge der von Deutschland begangenen Verbrechen wurde es unter zwei Herrschaftsbereichen aufgeteilt, die im Kalten Krieg gegeneinander standen. Durch Deutschland verlief die Frontlinie einer weltweiten Konfrontation. Demokratische Ansätze und Traditionen sind in Deutschland durch die Nazi-Verbrechen im Keim erstickt worden. Die stalinistische Diktatur verhinderte nach dem Krieg eine demokratische Entwicklung in der DDR. Die Nachkriegsgeschichte, die in großen Teilen eine Geschichte der Ost-West-Konfrontation war, zeigte aber auch, daß die Entwicklung der beiden deutschen Staaten im wechselseitigen Zusammenhang stand. Der eine Teil Deutschlands diente dem anderen jeweils dazu, von eigenen Fehlern und Defiziten hinsichtlich der gemeinsamen Vergangenheit und des eigenen gesellschaftlichen Zustandes abzulenken bzw. sie im Verweis auf den jeweils Anderen zu rechtfertigen.

Zur Geschichte der GRÜNEN

Wichtige demokratische und emanzipatorische Ansätze aus der Zeit der Weimarer Republik, die von Nazideutschland unterdrückt und deren Vertreterinnen und Vertreter aus der Emigration zurückgekehrt waren, fanden zwar Eingang in die Formulierung des Grundgesetzes, blieben aber in der gesellschaftlichen Praxis der Bundesrepublik der 50er Jahre marginalisiert und ohne Chance, gesellschaftlich Gehör zu finden. Geschichte wurde verdrängt.

1968 trat die Außerparlamentarische Opposition in der Bundesrepublik an, um den Mief der Adenauerära zu beseitigen, unterdrückte kulturelle Bedürfnisse freizusetzen und ein Klima von Offenheit, Liberalität und internationaler Solidarität zu schaffen. Unter ihrem Druck begann der Prozeß einer bewußten Aneignung der nach 1945 von den Westalliierten lediglich übernommenen demokratischen Ordnung in der Bundesrepublik.

Anfang der siebziger Jahre entwickelten sich die Neuen Sozialen Bewegungen, die Ökologie- und Anti-Atom-Bewegung, die Frauen-, Alternativ-, die Friedens- und Dritte-Welt-Bewegung. Sie setzten das ökologische Thema als Überlebensfrage der menschlichen Zivilisation auf die politische Tagesordnung. Sie verlangten die Einlösung einer wirklichen Emanzipation der Frauen und die Anerkennung und Verwirklichung selbstbestimmter Lebensformen. Die Erfahrungen der außerparlamentarischen Arbeit ließen schrittweise die Einsicht heranreifen, daß die Durchsetzungskraft der neu entstandenen Bewegungen durch eine parlamentarische Vertretung gestärkt werden muß. So gründete sich, ausgehend von lokalen und regionalen Wahlinitiativen, 1980 in Karlsruhe die Partei DIE GRÜNEN.

DIE GRÜNEN haben in den 80er Jahren wesentlich dafür gesorgt, daß die Problematik der Ökologie, die Themen Pazifismus, direkte Demokratie, Emanzipation der Frauen und soziale Grundsicherung in die parlamentarische Debatte und stärker ins Bewußtsein der Gesellschaft drangen. Ihnen gelang nicht nur der wiederholte Einzug in fast alle Landtage, den Bundestag und das Europaparlament. Sie waren und sind auch an mehreren Koalitionsregierungen auf Landesebene beteiligt. Nicht zuletzt wegen des Bildes der Zerstrittenheit und der Unfähigkeit,

sich im deutschen Einigungsprozeß auf eine Konzeption zu verständigen, wurde 1990 der erneute Einzug in den Bundestag verpaßt.

Aus Friedens- und Ökologiegruppen der evangelischen Kirche wie dem grünen Netzwerk Arche, Stadtökologie- und Naturschutzgruppen sowie Einzelengagierten gründete sich im Herbst 0989 die GRÜNE Partei in der DDR. Im Prozeß des demokratischen Umbruchs setzten sich DDR-GRÜNE auf allen Ebenen für eine ökologische, demokratische, emanzipatorische und dem Frieden verpflichtete Politik ein. Ebenso spielte das Bewußtsein, Teil der internationalen, insbesondere der osteuropäischen GRÜNEN- und BürgerInnenbewegung zu sein, eine wichtige Rolle. Seit 1990 sind Vertreterinnen der GRÜNEN aus den neuen Bundesländern im Ergebnis eines gemeinsamen Wahlkampfes mit dem BÜNDNIS 90 im Bundestag.

Aus diesem politischen Selbstverständnis der DDR-GRÜNEN heraus, der inhaltlichen Nähe und Zusammenarbeit der GRÜNEN in Ost- und West-Deutschland und der Einsicht in die Notwendigkeit einer gesamtdeutschen GRÜNEN Kraft schlossen sich die Ost- und West-GRÜNEN im Dezember 1990 zu einem gemeinsamen Bundesverband zusammen. In Sachsen schlossen sich GRÜNE und Bürgerbewegte zum gemeinsamen Landesverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zusammen, um ein gesamtdeutsches Bündnis der Bürgerbewegung des Ostens mit den GRÜNEN voranzubringen.

Zur Entstehung von BÜNDNIS 90

Der proklamierte antifaschistische und demokratische Anspruch der DDR wurde von Anfang an durch den stalinistischen Machtanspruch der SED in der Praxis zunichte gemacht. Schwache Anläufe zu Reformen in der DDR blieben erfolglos und endeten meist mit der Inhaftierung oder erzwungenen Ausreise der Kritiker. Spätestens mit der Zerschlagung des Prager Frühlings 1968 unter der Beteiligung von DDR-Truppen war klar, daß der moskauhörige Machtapparat der SED eine solche Reform von Innen weder zulassen konnte noch wollte.

BÜNDNIS 90 hat seine Wurzeln in der Opposition gegen die SED-Diktatur, die auf den Prager Frühling zurückgehen. Die hauptsächlich aus der linken Tradition hervorgegangenen Oppositionsversuche und Dissidenten verbanden sich später mit christlich motivierten Gruppen. Sie bildeten zusammen die Grundlage für die verstärkt in den 80er Jahren sich entwickelnden Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen.

Im November 1985 bildete sich die Initiative Frieden und Menschenrechte, die außerhalb der evangelischen Kirche eine neue Phase des Widerstandes gegen den SED-Staat einleitete. Im Herbst 1989 wurden die Bürgerbewegungen NEUES FORUM und Demokratie Jetzt gegründet. Sie trugen ihre Kritik am totalitären Staatswesen der DDR in die Öffentlichkeit und brachten gemeinsam mit anderen den landesweiten Protest in Gang. Die Ideen der nominell kleinen Opposition und die des konziliaren Prozesses der Kirche für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung - eine der Artikulationsplattformen für die Oppositionsgruppen in der DDR - waren wesentliche Bestandteile der friedlichen Revolution von unten.

Die Bürgerbewegung war entscheidend daran beteiligt, die SED zur Aufgabe ihres Machtmonopols zu zwingen, die Runden Tische einzuberufen und die Auflösung der Stasi

voranzutreiben. Im Verlauf dieser demokratischen Veränderung wurde der Verfassungsentwurf des Zentralen Runden Tisches erarbeitet und erstmalig eine freie und demokratische Wahl der Volkskammer durchgeführt. Dies waren wesentliche Schritte zu Demokratie und Selbstbestimmung in der DDR.

In Folge von organisatorischer Zersplitterung, noch nicht arbeitsfähigen Strukturen, ohne nennenswerten publizistischen Einfluß und eines westlich dominierten Wahlkampfes, dessen unhaltbare Versprechungen weitgehend den Erwartungen der Bevölkerung entsprachen, mußte die Bürgerbewegung bei der Volkskammerwahl 1990 eine Niederlage hinnehmen. Von der Einsicht getragen, daß nur die Zusammenarbeit der verschiedenen Reformkräfte eine Erneuerung von Staat und Gesellschaft bewirken kann, wurde im September 1990 die politische Bürgerbewegung BÜNDNIS 90 gegründet. Sie ist gemeinsam mit Ost-GRÜNEN im Bundestag vertreten und hat auf kommunaler und Landesebene politische Verantwortung übernommen.

Naht- und Trennungslinie Deutschlandpolitik

DIE GRÜNEN und die Opposition in der DDR waren seit ihrer Entstehung durch gemeinsame Grundanschauungen miteinander verbunden. Dazu gehören der grenzüberschreitende Einsatz für die Umwelt, die Unteilbarkeit der Menschenrechte, das Streben nach Überwindung der Blocklogik und einer gemeinsamen Friedensbewegung von unten. Nicht Loyalität zu ihren Regierungen, sondern Solidarität untereinander waren beider erklärte Ziele. Darin eingeschlossen waren seit jeher auch die Oppositionsbewegungen gegen Umweltzerstörungen, atomare Gefahren und menschenrechtsverletzende Diktaturen überall auf der Welt.

Die politische Entwicklung in den 80er Jahren führte zu unterschiedlichen Akzenten in der praktischen Politik der GRÜNEN. Die Diskussion darüber speiste sich aus den Kontroversen der Friedensbewegung, unterschiedlichen Bezügen auf die sozialistischen Theorien und ihre Praxis in Ost-Europa und der DDR und aus der Auseinandersetzung mit der sozialdemokratischen Entspannungspolitik. Die prinzipielle Fragestellung war: Wie kann angesichts der Konfrontation atomar hochgerüsteter Blöcke zwischenstaatliche Entspannungspolitik betrieben werden, ohne dadurch die innere Struktur der Blöcke und speziell der beiden deutschen Staaten zu stabilisieren? Oder umgekehrt: Wie können die Oppositionsbewegungen in Osteuropa und der DDR unterstützt werden, ohne die zwischenstaatlichen Spannungen zu verschärfen und damit die Blockkonfrontation und die Atomkriegsgefahr zu verstärken? Rückblickend ergeben sich aus den verschiedenen Erfahrungen im geteilten Deutschland unterschiedliche Wahrnehmungen der grünen Deutschlandpolitik: Aus der Sicht des BÜNDNIS 90 durchlief ein großer Teil der Opposition in der DDR - unmittelbar konfrontiert mit der veränderungsunfähigen Diktatur der SED - einen schmerzhaften Prozeß der Loslösung von der Vorstellung, daß das Ideal eines demokratischen und menschlichen Sozialismus realisierbar sei. Demgegenüber blieben bei Teilen der GRÜNEN Illusionen über die Reformfähigkeit der sozialistischen Staaten und eine Unterschätzung der geistigen, wirtschaftlichen und ökologischen Zerstörungen im sowjetischen Herrschaftsbereich erhalten. So konnten kleine Kreise der Partei, die wegen ideologischer Bindung an sozialistische Ideen die Unterstützung der Oppositionsbewegungen in Osteuropa und der DDR mit Argwohn sahen, im Zusammenhang mit der Diskussion um die Entspannungspolitik an Einfluß gewinnen.

Wesentlich und positiv geprägt wurde das Verhältnis zwischen den oppositionellen Gruppen in der DDR und den GRÜNEN in der BRD jedoch durch die zahlreichen Kontakte und die engagierte Unterstützung der unabhängigen Friedens-, Ökologie- und Menschenrechtsbewegung durch jene GRÜNEN, die unbeirrt an den Erkenntnissen festhielten, die den Grundkonsens der GRÜNEN ausmachen. Deshalb war es selbstverständlich, daß DIE GRÜNEN seit dem Herbst 1989 eine intensive Zusammenarbeit mit den Bürgerbewegungen und dem daraus entstandenen BÜNDNIS 90 suchten, und daß dieses DIE GRÜNEN als seine authentischen Partner ansieht.

Aus Sicht der GRÜNEN wurden bei Einigkeit in der Zielsetzung, die Blocklogik zu überwinden, die Menschenrechte zu verwirklichen und Emanzipationsprozesse fördern zu wollen im beschriebenen Spannungsfeld unterschiedliche Akzente gesetzt, die auch in der Deutschlandpolitik praktisch wirksam wurden. Von den Oppositionsgruppen der DDR wurden nur die Teile der GRÜNEN als solidarisch wahrgenommen, die - wegen ihrer persönlichen Akzentsetzung oder wegen der Arbeitsteilung in der Fraktion - den direkten Kontakt vor Ort suchten.

Nur kleine Kreise der Partei sahen wegen ideologischer Bindung an die Entwicklung der sozialistischen Ideen in Ost-Europa die Unterstützung der DDR-Opposition mit Argwohn. Dennoch wurde die direkte Solidaritätsarbeit - von Kritik im Einzelnen abgesehen - vom größten Teil der GRÜNEN befürwortet und mitgetragen. Nach der Vereinigung war es deshalb selbstverständlich, daß DIE GRÜNEN sofort eine intensive Zusammenarbeit mit den Gruppen suchten, denen ihre Solidarität gegolten hatte. Anders als die anderen Parteien, die das Ziel der „Wiedervereinigung“ verbal vor sich hertrugen, ohne selbst daran zu glauben, plädierten DIE GRÜNEN frühzeitig für eine Anerkennung der DDR. Deshalb hatten sie, als die Umbrüche in der Sowjetunion die tiefen Risse im politischen Gefüge Ost-Europas aufplatzen ließen und der freigesetzte Wille der Menschen in der DDR das Niederreißen der Mauer verlangte, ebenso wie die anderen Parteien kein allgemein akzeptiertes, differenziertes Handlungskonzept. Die Schwierigkeit, diese deutsch-deutsche Realität in richtiger Weise anzuerkennen, mündete in eine weitgehende Flucht vor dem Thema. Die entsprechend falsche Schwerpunktsetzung im Bundestagswahlkampf trug wesentlich zu dem parlamentarischen Aus der West-GRÜNEN bei.

Politik vor der Entscheidung

Der Epochenumbruch hat erst begonnen

Mit dem Fall der Mauer sind Politik und Geschichte erneut in Bewegung geraten. Die Überwindung einer über Jahrzehnte lähmenden Blockkonfrontation k"nnnte enorme Möglichkeiten für eine fortschrittliche und lebensbejahende Entwicklung der Menschheit freisetzen. Die Gewißheit alter Feindbilder ist zerfallen. Neue werden aufgebaut Lange erhobene Forderungen nach Auflösung der Militärblöcke, Abschaffung der ABC-Waffen, Abrüstung, Konversion der Rüstungsindustrie sowie Stopp des weltweiten Waffenhandels könnten jetzt erfüllt werden. Trotzdem müssen wir erkennen, daß das Ende des Kalten Krieges nicht der Anfang des ewigen Weltfriedens ist, sondern eher die Wiederbelebung ethnischer, nationaler und religiöser Rivalitäten und Konflikte ausgelöst hat. Die mit dem Golfkrieg deutlich gewordenen Ziele einer „Neuen Weltordnung“ weisen den Weg in

zukünftige internationale Konflikte und Verteilungskriege, insbesondere der 1. gegen die 3. Welt. Es hat sich gezeigt, daß aus dem Gleichgewicht des Schreckens kein wirklicher Friede entstehen konnte. Wie eine stabile Friedensordnung jenseits des Ost-West-Gegensatzes aussehen kann, ist angesichts der Instabilitäten in Europa und anderen Erdteilen noch unklar.

Der Zusammenbruch des sozialistischen Systems hat den Ideenhaushalt des Westens gründlich erschüttert. Allzu gern wurde verdrängt, daß die Beseitigung der totalitären Herrschaft nicht das Ergebnis eines Sieges des Westens über den Osten, nicht nur ein wirtschaftlicher Zusammenbruch war, sondern die Selbstbefreiung aktiver Menschen und die Lebensunfähigkeit einer Gesellschaftsordnung. Auch der Westen ist aufgefordert, seine aus dem Kalten Krieg hervorgegangenen Strukturen zu überwinden. Doch die Unterschätzung eigener Probleme verstellt momentan die Bereitschaft, unverzüglich Veränderungen in Angriff zu nehmen. Noch ist die Ablösung der durch die Supermächte und die globale Systemkonkurrenz geprägten Weltordnung des 20. Jahrhunderts nicht abgeschlossen. Dem Zerfall der Sowjetunion muß der Rückzug der USA aus der Rolle des Weltpolizisten folgen. Noch fehlt es an geeigneten Instrumenten und Strukturen, diesen Prozeß zu begleiten. In ihrem derzeitigen Zustand sind die Vereinten Nationen weit davon entfernt, im Auftrag der Völkergemeinschaft eine friedliche und gerechte Weltordnung zu entwickeln und aufrechtzuerhalten.

Auch Europa ist auf die neue Situation unzureichend vorbereitet. Die Wirtschaftskrise in Osteuropa und der brutale Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien zeigen ein politisches Europa, das unfähig ist, Konfliktlösungen zu entwickeln. Unterdrückung, Bevormundung und verordneter Internationalismus haben im Osten einen aggressiven Nationalismus hinterlassen. Im Westen gewinnen rechtsextreme und nationalistische Parteien zunehmend an Bedeutung. Der aufkeimende Nationalismus ist die große Herausforderung an ein demokratisches Europa. Wenn Gesamt-Europa sich nicht auf demokratische und faire Weise einigt, droht der Rückfall in alte Zerrissenheit, in Hegemonialkonflikte und Völkerhaß. Wirtschaftliche Ausbeutung, soziale Not, Hunger, Bürgerkriege und ökologische Katastrophen haben weltweite Wanderungsbewegungen ausgelöst. Die reichen Industrieländer begegnen den Menschen, die um Aufnahme nachsuchen, mit zu wenig Solidarität. Es fehlt sowohl an der Bereitschaft, Flüchtlinge aufzunehmen, als auch daran, die Fluchtursachen wirksam zu bekämpfen.

Die alten Ideologien sind brüchig geworden. Noch hat der Gewinn der Freiheit keine neuen Lebensperspektiven eröffnet. Visionslosigkeit und Handlungsunfähigkeit bedingen einander. In der gegenwärtigen Orientierungslosigkeit wachsen Ängste und Unsicherheiten und die Neigung, plumpen Versprechungen hinterherzulaufen. Ausländerhaß, Rassismus, Brandanschläge und rechtsextremer Terror vergiften das politische Klima, verletzen und töten Menschen.

Zur Schieflage der Nation

Die Überwindung des Ost-West-Gefälles ist ein zentrales Problem in Deutschland. Die in Machtpolitik und Einheitseuphorie geborene Hoffnung, die Angleichung der Lebensverhältnisse werde im Selbstlauf erfolgen, hat sich als Illusion erwiesen. Es fehlt eine gemeinsame Wertebasis, um die auf Erhalt und Ausweitung des westlichen Wohlstandsniveaus verrannten Vorstellungen zu relativieren.

Mit dem schnellen Beitritt der DDR zur BRD ist die innere Einheit noch nicht erreicht. Der staatlichen Vereinigung muß die politische, geistig-kulturelle und ökonomische Einheit folgen.

Das Konzept der Wirtschafts- und Währungsunion ist gescheitert. Die Einheit wurde auf Pump finanziert, ihre Kosten verschleiert. Statt eines Aufschwungs Ost stagniert die ostdeutsche Wirtschaft auf kümmerlichem Niveau, schreiten Deindustrialisierung und Arbeitsplatzverlust voran. Soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit bleiben auf der Strecke. Während von West nach Ost ein gesellschaftlich erbrachter Sozialtransfer läuft, findet hingegen von Ost nach West eine private Vermögensaneignung statt. Der wirtschaftliche und kulturelle Niedergang des Ostens erhält dadurch dramatische Ausmaße. Doch die Menschen in den neuen Bundesländern haben besseres verdient als eine Konkursvollstreckung mit Sozialplan.

Die Vereinigung hat die Auseinandersetzung zweier Kulturen eingeleitet. Deshalb werden nicht nur wirtschaftliche Maßnahmen, sondern auch Mentalitätsprobleme die Perspektive der Entwicklung bestimmen. Solange diese historische Chance und Bereicherung verkannt wird, bleibt in Westdeutschland der Eindruck bestehen, mit der DDR sei lediglich ein Volk von Stasi-Spitzeln, ein Berg von Schulden und Problemen hinzugekommen.

Ökologie in der Warteschleife

Im Verlauf weniger Jahrhunderte hat die von Europa ausgegangene ökonomische Unterwerfung der Erde unsere Welt an den Rand des ökologischen Kollaps geführt. Die immer schnellere und intensivere Ausbeutung der endlichen Ressourcen, die ungeheure Energieverschwendung und Müllproduktion durch die Industrieländer bedrohen mittlerweile das Überleben der menschlichen Zivilisation. Die Erdatmosphäre ist durch den Treibhauseffekt, die tägliche Freisetzung von Radioaktivität und die ungebremste Zerstörung der schützenden Ozonschicht akut gefährdet.

Der Glaube an grenzenloses Wachstum von Produktion und Konsum erweist sich als verhängnisvolle Gefahr. Schon heute sind viele Länder nicht mehr in der Lage, die Trinkwasserversorgung ihrer Einwohnerinnen und Einwohner sicherzustellen. Die Ernährung der wachsenden Weltbevölkerung ist vielerorts nicht gewährleistet. Die Armut, vor allem in den Staaten der 2/3-Welt, trifft immer mehr Menschen. Gleichzeitig werden Unmengen an Kapital und Wissen für nutzlose Zwecke, vorrangig für die Entwicklung und Produktion neuer Waffen, eingesetzt.

Ökonomische, soziale und ökologische Probleme stehen in einem unlösbaren Zusammenhang. Ohne Bewältigung der ökologischen Probleme ist auch keine tragende Antwort auf die ökonomischen Fragen möglich. Der Ost-West-Konflikt wird abgelöst von einer Verschärfung der Nord-Süd-Gegensätze. Doch nur eine ökologische Solidargesellschaft wird in der Lage sein, die sich verschärfenden Verteilungskämpfe ohne Krieg und Massenvertreibung zu bewältigen.

Die kommenden Jahre werden unter dem Vorzeichen der globalen Umweltprobleme stehen. Die Erkenntnis, daß Umweltverschmutzung und -zerstörung vor Grenzen nicht Halt macht, wird die nationale und internationale Politik verändern. Ob es gelingt, das Überleben der menschlichen Zivilisation auf diesem Planeten zu bewahren, wird maßgeblich davon

abhängen, inwieweit die Menschen bereit sind, aus dem Wissen über die weltweiten Zusammenhänge die notwendigen Konsequenzen für ihr Handeln zu ziehen.

Demokratie in der Krise

Die innere Verfaßtheit unserer Gesellschaft ist besorgniserregend. Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit driften immer stärker auseinander. Die etablierten Parteien beginnen das Grundgesetz an die schlechte Wirklichkeit in der Bundesrepublik anzupassen. Die Bürgerinnen und Bürger spüren, daß es so wie bisher nicht weitergehen kann, während die etablierte Politik diesen Anschein aufrecht erhält. Die aufziehende politische Krise ist eine Krise der Demokratie.

Die deutsche Vereinigung hat gezeigt, daß die westliche Parteiendemokratie den Anforderungen, die der weltgeschichtliche Umbruchprozeß an sie stellt, in ihrer derzeitigen Form nicht gerecht wird. Die Bürgerinnen und Bürger fühlen sich weitgehend von der Politik entmündigt und erleben sie als geschlossenes System, in dem Taktik und Machtinteressen, nicht aber Problemlösung und Konsensfindung vorherrschen. Das hat zu einem Glaubwürdigkeitsverlust des politischen Systems geführt. Wahlenthaltung, Politik- und Parteiverdrossenheit sind die Folgen. Um dies zu überwinden, braucht die Politik einen Rückgewinn an Legitimation und konsensbildender Kraft.

„Wir sind das Volk“ war der unmittelbare Ruf nach Demokratie im Herbst ,89. Auch im Westen bestehen die Bürgerinnen und Bürger auf mehr Partizipation. Unsere Demokratie muß deswegen nicht nur repräsentativer, sondern zugleich auch direkter werden. Demokratie, Freiheit und Selbstbestimmung werden erst dann zu bestimmenden Werten, wenn wir sie handelnd erfüllen können.

Nachdem im Osten die soziale Lebens- und Erfahrungswelt zerschlagen wurde, sind die im Westen geprägten „Werte der bürgerlichen Gesellschaft“ kaum geeignet den Menschen neue Maßstäbe für ihr Denken und Handeln zu geben. Unser Traum von einer gerechteren Gesellschaft bleibt bestehen.

Chance des Wandels

DIE GRÜNEN und BÜNDNIS 90 stehen in dieser Situation vor der Chance, durch eigenes Beispiel Demokratie, Ökologie, Menschenrechte, die soziale Frage und die Emanzipation der Frauen in neuer Weise zusammenzuführen. Unsere Politik muß sich der Frage stellen, wie ein erfülltes Leben mit mehr Eigenverantwortung und Selbstbestimmung, mit weniger Waren und Wohlstand gestaltet werden kann. Es geht um einen gesellschaftlichen Konsens, der Perspektiven für den Süden und den Osten sowie den wohlhabenden Westen eröffnet. Die neue Bundesrepublik Deutschland ist aufgefordert, ein Verhalten vorwegzunehmen, das allein der weltweiten sozialen und ökologischen Krise begegnen kann - praktisch als Vorgriff auf eine gerechte und ökologische Weltwirtschaftsordnung.

Entscheidende Aufgaben der nächsten Jahre

Aus der Gesamtschätzung der bestehen Probleme ergeben sich für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN deutlich hervorgehobene Politikfelder. Wir setzen uns deshalb für die nächsten Jahre folgende Aufgaben:

1. Wir werden aktiv gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Nationalismus und Ausländerfeindlichkeit eintreten. Gegen die drohende Rechtswende im gesamten politischen Leben unseres Landes setzen wir die Kultur von Toleranz, Solidarität und Weltoffenheit. Mit Aufklärung statt Verschleierung, mit Gestaltungsangeboten statt Problemverdrängung werden wir den Wünschen und Befürchtungen der Menschen begegnen. Wir wollen der allgemeinen Politikverdrossenheit, dem Populismus und elitärem Denken eine lebendige und transparente Politik und mehr demokratische Mitwirkungsangebote entgegensetzen. Wir stehen für die Bewahrung und Erneuerung der Demokratie.

2. Wir wollen sozial gestaltete Konzepte zum ökonomischen und ökologischen Neuaufbau Ostdeutschlands entwickeln und einfordern. Die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West muß als politisches Ziel neu diskutiert werden und verlangt eine Überprüfung der im Westen erreichten Standards und der im Osten gehegten Illusionen. Die Lösung der ökonomischen Probleme muß Hand in Hand gehen mit der Vertiefung von Kooperationsbeziehungen auf allen Ebenen bis hin zur gesellschaftlichen Einheit. Sie kann nur gelingen, wenn wir uns gleichzeitig der ökologischen Frage stellen. Wir werben für einen neuen Gesellschaftsvertrag zwischen den armen Schichten mit materiellem Nachholbedarf und den oft postmateriell orientierten reicheren Schichten, in den auch die gesellschaftliche Gleichstellung von Frauen und Männern eingehen muß. Wir stehen für einen fairen Lasten- und Interessenausgleich zwischen Ost und West.

3. Wir wollen ohne Militarismus, nationale Überheblichkeit und Großmachtphantasie die Position des vereinigten Deutschland in den Institutionen und Konflikten Europas und der Welt neu bestimmen. Unser Land muß seine Verantwortung für die Verwirklichung einer ökologisch-solidarischen Weltwirtschaft wahrnehmen. Wir wollen darauf hinarbeiten, daß unter Beachtung der ökologischen Belastbarkeit unserer einen Welt die Lebenschancen aller Völker auf möglichst hohem Niveau angeglichen werden. Wir wollen darauf hinwirken, daß der Interessenstreit zwischen Staaten durch die Entwicklung und Institutionalisierung einer Weltinnenpolitik abgelöst wird. Die militärische Logik der Konfliktaustragung muß durch ein demokratisch begründetes multilaterales System nichtmilitärischer Konfliktlösung ersetzt werden. Wir stehen für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung.

4. Wir werden dafür eintreten, daß alle gesellschaftlichen Bereiche eine konsequente ökologische Umgestaltung erfahren. Wir geben uns nicht damit zufrieden, daß kleinere umweltpolitische Korrekturen vorgenommen werden, die Logik von umweltzerstörerischer Verschwendungswirtschaft aber ungebrochen weiter gelten soll. Ökologie ist mehr als Umweltschutz. Wir werden daran weiter arbeiten, daß der Wandel von Bewußtsein und Strukturen Hand in Hand geht. Die UNO-Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio hat erneut bewiesen, daß auf parlamentarischer und außerparlamentarischer Ebene eine konsequente ökologische Kraft den im alten Denken verhafteten Interessenträgern entgegen treten muß. Wir sind nicht bereit, die unumkehrbaren ökologischen Einsichten vordergründigen Interessen zu opfern. Wir verstehen uns als die Organisation, die die Interessen der nachfolgenden Generationen vertritt. Wir stehen für eine konsequente Ökologienpolitik.

5. Wir wollen eine neue Sozialpolitik. Alle Menschen müssen die Möglichkeit eines menschenwürdigen und selbstgestalteten Lebens haben. Die Erfüllung der grundlegenden Lebensbedürfnisse muß gesichert sein. Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und Armut für Millionen BürgerInnen in Deutschland sind auch im marktwirtschaftlichen Rahmen nicht zwangsläufig und unvermeidbar. Die Öffnung der Schere zwischen arm und reich muß auch durch Umverteilung der vorhandenen Mittel von oben nach unten verringert werden. Zu den unverzichtbaren Aspekten einer neuen Sozialpolitik gehört aber auch deren ökologische Dimension. Wir stehen für eine Sozialpolitik, die Leben in einer nicht vergifteten Umwelt und möglichst weitgehend selbstbestimmte Lebensgestaltungen ermöglicht.

Grundkonsens

Präambel

Wir, DIE GRÜNEN und das BÜNDNIS 90, aus den Oppositionskulturen der beiden deutschen Staaten gewachsen, schließen uns zu BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zusammen, um als gemeinsame politische Kraft unter den neuen nationalen und globalen Herausforderungen für unsere demokratischen Reformziele zu kämpfen und politische Verantwortung zu übernehmen.

Uns eint der Wille nach mehr Demokratie und sozialer Gerechtigkeit, das Gebot einer umfassenden Verwirklichung der Menschenrechte, das Engagement für Frieden und Abrüstung, Gleichstellung von Frauen und Männern, Schutz von Minderheiten, Bewahrung der Natur sowie umweltverträgliches Wirtschaften und Zusammenleben.

Unsere gemeinsame Organisation soll Kristallisationskern für alle Kräfte sein, die sich diesen Zielen verpflichtet fühlen. Wir wollen die Ideen, die Kritik und den Protest von Bürgerinnen und Bürgern aufnehmen, sie zu Aktivität ermutigen und ganzheitliche Konzepte entwickeln, die ihre Gestaltungskraft aus der Verbindung konkreter Utopien mit realisierbaren Schritten gewinnen.

Wir wissen, daß die verpaßten Chancen der deutschen Vereinigung nur dann ausgeglichen und die schwere Hypothek ihres falschen Beginns nur dann abgetragen werden kann, wenn wir die Barrieren in den Köpfen und Herzen abbauen und uns gegenseitig in Achtung und Partnerschaft annehmen. Ein Zurück in die alten Welten wird die Lösung der sich verschärfenden Probleme zwischen Ost und West sowie Nord und Süd nicht bringen. Nur ein fairer Interessen- und Lastenausgleich auf der Grundlage aktiver Solidarität, ein von gegenseitigem Verstehen und Toleranz bestimmtes Handeln werden ein Gemeinwesen fördern, das lebendigen Bestand hat und seine Verantwortung anderen Völkern und der natürlichen Umwelt gegenüber wahrnehmen kann.

Grundwerte

Menschenrechte

Die Erfahrungen mit Nationalsozialismus und Stalinismus in Deutschland haben gezeigt, daß der Einsatz für die Menschenrechte, hier und überall in der Welt, zu den vordringlichsten Aufgaben jeder Politik gehört. Verwirklichung und Schutz der Menschenrechte sind Voraussetzung für eine demokratische, soziale und ökologische Politik.

Die Menschenrechte können als präziser Maßstab zur Beurteilung des freiheitlichen und humanen Charakters einer politischen Ordnung sowie der ökonomischen Verhältnisse aufgefaßt werden. Ihre Erfüllung wird zum Kriterium für die innere Festigkeit und Zukunftsträchtigkeit einer politischen Ordnung. An der Lebensqualität aller Menschen in einer Gesellschaft zeigt sich, inwieweit die Menschenrechte in einem Land gelten.

Unser Verständnis der Menschenrechte stützt sich auf die drei Pakte der Vereinten Nationen. Es umfaßt die politischen BürgerInnenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und individuelle Freiheitsgarantien; die sozialen Existenzrechte; das Recht auf Schutz der Umwelt, Sicherung der Grundbedürfnisse sowie auf Bildung und Entwicklung. Diese Rechte sind unteilbar, gleichwertig und universell gültig. Dies muß sich in der praktischen Politik dahingehend auswirken, daß sie uneingeschränkt auch für ImmigrantInnen, Flüchtlinge, Kinder, Lesben und Schwule, Behinderte, Alte, Kranke, Arbeitslose, Obdachlose und Gefangene gelten.

Diese Menschenrechte einschließlich des Rechts auf Asyl müssen über die UNO-Konventionen hinaus als einklagbare Grundrechte jedes Menschen in der Verfassung und durch Gesetze gesichert sein.

Elementare Rechte wie das Vereinigungs- oder das Versammlungsrecht dürfen in unserer Verfassung nicht weiterhin ausschließlich den Deutschen vorbehalten bleiben, sondern müssen uneingeschränkt für alle Menschen gelten. Zur umfassenden Verwirklichung der Menschenrechte gehören die volle Teilnahme ausländischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger am politischen Leben, die vollständige Gleichberechtigung der Geschlechter, der Verzicht auf jede Art von Diskriminierung sowie die konsequente Verankerung von Minderheitenrechten, da die Menschenrechte in einer Demokratie die wesentliche politische Funktion haben, Minderheiten in ihrer Identität zu schützen.

Neben der verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Garantie sind wir daher bemüht die Menschenrechte auch im Alltag gegen staatliche Willkür, wirtschaftliche Übermacht, strukturelle Gewalt, Unmenschlichkeit, Brutalität oder Rassismus zu verteidigen. Unsere Politik beruht auf Einmischung und Solidarität mit den Betroffenen und richtet sich gegen Gleichgültigkeit und Ignoranz.

Unsere Menschenrechtsauffassung verlangt vor allem festzustellen, wie konsequent die Menschenrechte in der alltäglichen und in der langfristigen Politik verwirklicht werden. Unser Verständnis der Menschenrechte geht von der Solidarität mit allen Opfern politischer und sozialer Menschenrechtsverletzungen aus. Deshalb bedeutet unser Einsatz für die Menschenrechte niemals einen Einsatz nur für die eigenen Rechte, sondern auch für die Rechte Anderer, im eigenen Land und weltweit Eintreten für Menschenrechte schließt deshalb die Kritik an der Mitverantwortung der Bundesrepublik für Menschenrechtsverletzungen in anderen Ländern mit ein und muß sich auf alle Felder der Innen- und Außen-, Rechts- und Wirtschaftspolitik erstrecken.

Die Menschenrechte sind unteilbar, selbst wenn wir wissen, daß die Erfüllung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte nicht sofort und weltweit möglich ist und daß es durchaus zu Konflikten zwischen einzelnen Menschenrechten bzw. zwischen Menschenrechten und Überlebensstrategien kommen kann.

Unsere Aufgabe sehen wir darin, die Verweigerung oder Verletzung von Menschenrechten öffentlich anzuklagen, alle Menschenrechtsverletzungen zu verurteilen und uns mit den Ursachen dieser Verletzungen auseinanderzusetzen. Abrüstung, die Bewahrung der Umwelt und ein weltweiter Ausgleich zwischen Arm und Reich sind aus unserer Sicht Voraussetzungen für die uneingeschränkte und weltweite Verwirklichung der Menschenrechte.

Ökologie

Die Menschen sind eingebunden in den übergreifenden Zusammenhang der Natur. Die Natur ist die einmalige und unwiederbringliche Lebensvoraussetzung für die Menschen. Mit Vernunft begabt, sind sie jedoch imstande, die Naturelemente in ihrer Vielfalt zu beeinflussen und neu zueinander in Beziehung zu setzen. Sie haben allerdings nicht das Recht, mit der Natur nach Belieben zu verfahren. Das Bewußtsein und der Wille, daß der dauernde Erhalt des ökologischen Gleichgewichts und die Vielfalt der Gattungen und Arten einen untauschbaren Selbstwert besitzen, der den menschlichen Aktivitäten des Wirtschaftens und Konsumierens Grenzen setzt, müssen gestärkt werden. Unser gesamtes Handeln steht in der ökologischen Verantwortung für die nachfolgenden Generationen.

Die beginnende Klimakatastrophe mit Treibhauseffekt und Ozonloch droht große Lebensräume zu vernichten. Die Luft wird weiter verpestet, mehr und mehr Wasser wird vergiftet, große Bodenflächen sind verseucht. Die Wälder werden bis zur Verwüstung abgeholzt, die letzten „Paradiese“ der Erde zerstört, natürliche Ressourcen unwiederbringlich verbraucht. Naturangepaßte Lebensweisen fallen dem Vordringen der Geld- und Profitwirtschaft zum Opfer. Menschen fliehen aus ihrer angestammten Heimat. Katastrophen werden zur Normalität, der Normalfall zur Katastrophe.

Nicht allein Fehlverhalten und Unwissenheit treiben in das Desaster. Vielmehr ist es der schrankenlose industrielle Wachstumswahn, der alle Regionen und Lebenswelten seiner aggressiven und expansiven Logik unterwirft. Seine Gier nach Stoffen und Energie, nach Landschaft und Zeit ist von keiner vorausschauenden Vernunft und Ethik gebremst und entzieht sich jeglicher Kontrolle. Jetzt zerstört er selbst die Atmosphäre, in die die Erde eingebettet ist. Zu oft hat sich staatliche Politik bisher als unfähig und unwillig erwiesen, schädigendem Wachstum Grenzen zu setzen oder es in qualitative Bahnen zu lenken. Kurzsichtig wird in der Regel industriellen Verwertungsinteressen der Weg geebnet. Aufgabe und Pflicht des wirtschaftlichen Handelns bestehen deshalb darin, dringend Strukturen zu schaffen, in denen sich Selbsterhaltung und Sorge für sich selbst mit Fürsorge für andere und Rücksicht auf das gemeinsame Leben und die Natur verbinden.

Heute gilt mehr denn je: die Antwort auf die Zerstörung unseres Planeten darf sich nicht in einzelnen Umweltschutzmaßnahmen erschöpfen. Immer öfter erweisen sich diese als Augenwischerei, die den klaren Blick für die Ursachen der Zerstörung verstellen. Zentral gelenkte Planwirtschaften wie auch die ungebremste Geltung privatwirtschaftlicher Interessen haben sich als untauglich erwiesen, ökologisch zu produzieren und strukturelle Armut zu

verhindern. Unsere Ablehnung der sozialistischen Mißwirtschaft beinhaltet keine pauschale und automatische Zustimmung zum kapitalistischen Wirtschaftssystem. Wir wollen stattdessen den Wandel zu einer ökologisch-solidarischen Weltwirtschaft, in der Wachstum an sich nicht mehr die entscheidende wirtschaftliche Zielgröße sein darf. Global sind die Grenzen des Wachstums in vielen Bereichen längst erreicht, sogar überschritten.

Wir brauchen eine weltweite Neuorientierung: Der stoffliche Austausch der Menschen mit der Natur, die gesamte Art zu produzieren und zu verbrauchen, muß so gestaltet werden, daß die Natur und in ihr die Menschen miteinander existieren können. Die Wirtschaftsweise muß sich den natürlichen Kreisläufen annähern, sie muß ressourcenschonend und energiesparend, naturnah und nachhaltig gestaltet werden. Ökologisch belastende Verhaltensweisen müssen die entsprechenden ökonomischen Belastungen nach sich ziehen oder stärker als bisher durch Verbot und Strafe verhindert werden. Die Menschheit insgesamt und gerade die BürgerInnen der reicheren Industriestaaten müssen begreifen, daß die von ihrer Arbeits- und Lebensweise ausgehenden, dramatischen ökologischen Zerstörungen auch ihre eigenen Lebensgrundlagen vernichten werden. Wir brauchen den Mut, eine ganzheitliche ökologische, soziale und demokratische Neubestimmung der stofflichen und formellen Seite des Wirtschaftens auch gegen Widerstände durchzusetzen. Nicht vermehrbare Naturressourcen, die für das Wirtschaften unverzichtbar sind, betrachten wir als Gemeineigentum, an dem jedem Menschen ein gleiches Anrecht zusteht. Ökologie ist deshalb mehr als Umweltpolitik, sie ist immer auch Gesellschaftspolitik: Politische Ökologie.

Unsere ökologischen Ziele weisen weit über die heutige Form des gesellschaftlichen Lebens hinaus. Die Chancen der Verwirklichung sind durch den herrschenden politischen Rahmen bestimmt. Mit diktatorischen Mitteln läßt sich ein ökologischer Bewußtseinswandel nicht erzwingen. Der Einsatz für die ökologische Gestaltung aller Lebensbereiche erfordert deswegen auch stets das Eintreten für eine Erweiterung demokratischer Einflußmöglichkeiten auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens. Auch die individuellen Lebensweisen bedürfen der Veränderung. Doch wir wissen: jedem einzelnen Menschen das ökologisch notwendige Maß an Einsicht, Selbstbeschränkung und Verantwortlichkeit abzuverlangen, gelingt leichter in einer Gesellschaft, in der alle Menschen weitgehende demokratische Mitentscheidungsrechte haben, in der Armut abgebaut ist, niemand wegen kultureller Andersartigkeit diskriminiert und Frauen nicht unterdrückt werden. Ökologie geht deswegen notwendig mit sozialer Emanzipation der Menschen zusammen.

Demokratie

Demokratie soll die gleichberechtigte Teilnahme aller an der Gestaltung des Gemeinwesens gewährleisten. Sie vermittelt Freiheit und Gerechtigkeit im selbstbestimmten Gesellschaftsrahmen. Wir fordern Demokratie in allen Lebensbereichen. Unser Ziel ist eine umfassende Demokratisierung von Staat und Gesellschaft. Wir wollen, daß die Menschen in immer größerem Maße von bloßen Objekten zu Subjekten gesellschaftlichen Handelns werden, daß sie für sich das Recht erringen, in Politik, Wirtschaft und Kultur die eigenen Lebensbedingungen zu gestalten und selbst über ihre Arbeits- und Lebensweisen zu entscheiden. Individuelle und gemeinsame Selbstbestimmung sind für uns ein wichtiger Bestandteil einer lebendigen Demokratie.

Demokratie und Menschenrechte sind untrennbar miteinander verknüpft. Ohne Schutz der Menschenwürde, ohne Diskriminierungsverbot und das Recht, jederzeit seine Meinung in

Wort, Schrift und Bild frei zu äußern, kann Demokratie nicht funktionieren. Ohne das Recht, an der Gestaltung der eigenen Gegenwart und Zukunft teilzuhaben und mitzuentcheiden, laufen alle anderen Rechte leer.

Der Wunsch nach Selbstbestimmung und Mitsprache und die tatsächlichen Möglichkeiten hierzu klaffen jedoch immer weiter auseinander. Der scheinbaren Allmacht der Parteien und der hinter ihnen stehenden Kräfte in Exekutive und Wirtschaft steht eine immer größere Ohnmacht der Bürgerinnen und Bürger gegenüber. Diese Ohnmacht und der Mangel an wirklichen Mitwirkungsmöglichkeiten sind ein wesentlicher Grund für wachsende „Politikverdrossenheit“. Zugleich werden immer mehr Entscheidungen mit dem Argument der „Zentralisierung“, „Vereinheitlichung“, „Beschleunigung“ oder „Vereinfachung“ durch die Regierungen dem Zugriff der Menschen und sogar der Parlamente entzogen.

Dies gilt im besonderem Maß für die Europäische Gemeinschaft, deren Exekutivorgane immer mehr Kompetenzen an sich ziehen. Der Abbau demokratischer Rechte in den Mitgliedstaaten wird hier durch den Aufbau einer wuchernden, zentralistischen und demokratisch nicht kontrollierten Bürokratie noch verschärft.

In den Parlamenten selbst wird Demokratie in der Regel durch Sperrklauseln, das Übergewicht der Exekutive, den Fraktionszwang, Abhängigkeiten von Spendengeldern u.a. nur unbefriedigend und verstümmelt praktiziert. Zugleich wird außerparlamentarischer Protest oft repressiv eingeschränkt und kriminalisiert, während rechte Gewalt verharmlost wird.

Wir treten ein für eine Demokratisierung wirtschaftlicher Entscheidungsprozesse. Bestehende Formen der Selbstverwaltung, der Tarifautonomie, der individuellen Selbstverantwortung und der demokratischen Mitbestimmung werden zunehmend verletzt. Wir erkennen, daß die Konzentration politischer Entscheidungs- und wirtschaftlicher Verfügungsgewalt in den Händen Weniger die Freiheit und Lebenschancen vieler Menschen national und international einschränkt. Wir wollen deswegen eine breite gesellschaftliche Rahmendiskussion über die Ziele, Art und Weise des Wirtschaftens, sowie eine Änderung der Eigentumsverhältnisse. Neben einer Stärkung der Mitbestimmungsrechte sollen insbesondere Wege der Entflechtung und Dezentralisierung von Verfügungsrechten, vielfältige Formen und breite Verteilung von Eigentum verfolgt werden.

Wer keine Einflußmöglichkeiten sieht, fühlt sich auch nicht verantwortlich. Eine Politik, welche die Bürgerinnen und Bürger an der Mitwirkung hindert, erzeugt Resignation oder Militanz und liefert sich damit auf Dauer selbst die Begründung. Dies setzt einen fatalen Prozeß des Demokratieabbaus und der Zerstörung demokratischen Engagements und Bewußtseins in Gang.

Die Enttäuschung über mangelnde Mitwirkungsmöglichkeiten in der Zuschauerdemokratie, über gebrochene Versprechen von Politikern und über offensichtliche Schwierigkeiten der Parteien zur Lösung elementarer Probleme hat sich längst mit den Folgen politischer und ökonomischer Chancenungleichheit und der daraus resultierenden Wut und Sündenbocksuche zu einem bedrohlichen Gemisch gepaart. Die Enttäuschung über eine unzulänglich verwirklichte Demokratie kann leicht die Angst vor Freiheit verstärken und den erneuten Ruf nach einer Diktatur laut werden lassen.

Der zwangsläufige Zusammenhang von Ohnmacht, Wut und Diktatur läßt sich nur durch mehr ökonomische und politische Gerechtigkeit, Selbstbestimmung und Demokratie

aufbrechen. Deshalb werden wir mit aller Kraft für eine Demokratie kämpfen, die diesen Namen verdient. Wir wollen die direkten Einflußmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger erweitern, die Entscheidungen dezentralisieren, Föderalismus und Selbstverwaltung stärken.

Wir befürworten den politischen Gestaltungsauftrag der Parteien. Aber wir wollen das verfassungswidrig angeeignete Monopol der Parteien auf politische Willensbildung zugunsten des Rechtes der Bürgerinnen und Bürger, politische Sachentscheidungen auch selbst zu treffen, überwinden. Wir treten daher für eine breite Entfaltung aller Formen der Selbstbestimmung und der direkten Demokratie ein.

Lebendige Demokratie verlangt Offenheit, aktive Toleranz sowie den Mut, aus Überzeugung zu handeln. Deshalb wenden wir uns entschieden gegen Tendenzen staatlicher Repression, Bespitzelung, Überwachung und Kriminalisierung.

Soziale Gerechtigkeit

Ökologie, Menschenrechte, Demokratisierung, Gleichstellung von Frauen und Männern und Gewaltfreiheit sind nicht umfassend durchsetzbar, solange die Gesellschaft in Arme und Reiche, in Etablierte und Ausgegrenzte gespalten ist. Der notwendige soziale Ausgleich als Weg zu sozialer Gerechtigkeit umfaßt nicht allein die Verteilung von Geld und Gütern, sondern auch von Lebenschancen, freier Zeit und des Zugangs zum kulturellen und sozialen Leben.

Angesichts der fortschreitenden Entsolidarisierung in dieser Gesellschaft und der Verarmung immer größerer Bevölkerungsgruppen kämpfen wir mit Betroffenen und Anderen um den notwendigen sozialen Ausgleich auch in diesem Land. Er stellt eine entscheidende Voraussetzung für die demokratische Bewältigung der Auswirkungen der deutschen Vereinigung dar. Ein fairer Interessenausgleich erfordert eine Umverteilung der Chancen von West nach Ost und der Lasten von Ost nach West. In allen Feldern internationaler Politik bleibt soziale Gerechtigkeit und die Verbesserung der Lebenschancen in allen Weltregionen entscheidender Antrieb unserer Politik.

Das heutige Sozialstaatsmodell, das die sozialen Konflikte der Gesellschaft durch die Verteilung von Wachstumsgewinnen abzdämpfen sucht, wie auch die klassische sozialistische Utopie, welche durch eine „Entfesselung der Produktivkräfte“ neuen gesellschaftlichen Reichtum schaffen will, machen unter den Bedingungen eines notwendigen ökologischen Umbaus der Produktion und einer Beendigung des pauschalen Wachstumswahns keinen Sinn mehr. Die Sicherung einer menschenwürdigen Existenz muß auf der Grundlage eines naturverträglichen selektiven Schrumpfens und Wachsens geleistet werden. Die überfällige Reform des Sozialstaates darf nicht zu Lasten der sozial Schwachen gehen.

Die Beteiligungsmöglichkeit am gesellschaftlichen Arbeitsprozeß muß so gestaltet werden, daß jeder Mensch die gleiche Chance hat, über die Befriedigung seiner Grundbedürfnisse hinaus einen historisch-kulturell angemessenen und ökologisch verträglichen Lebensstandard zu erreichen. Die unterschiedliche Wahrnehmung von Chancen darf nicht zur Herausbildung von Wirtschaftsformen führen, die strukturelle Armut und Arbeitslosigkeit mit sich bringen. Gerade Regionen mit hohem Entwicklungsbedarf können deshalb nicht allein den Marktkräften überlassen bleiben, sondern benötigen eine aktive soziale und ökologische

Strukturpolitik. Historisch entstandene soziale Ungleichheiten erfordern einen sozialen Ausgleich durch Umverteilung des erwirtschafteten Reichtums, in der Regel von oben nach unten, und der Voraussetzungen, eigenen Reichtum zu schaffen. Nur durch eine gleichermaßen ökologische, soziale und demokratische Neubestimmung des Wirtschaftens und einen Umbau des Sozialstaates kann die „soziale Frage“ langfristig gelöst werden.

Soziale Gerechtigkeit muß es weltweit für alle Menschen geben. Das wird durch die heute bestehenden Strukturen der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen den armen und den reichen Ländern unmöglich gemacht. Politische und moralische Kriterien verbieten es, den sozialpolitischen Blick auf die Bevölkerung des eigenen Landes zu verengen. Soziale Gerechtigkeit in unserem Land ist dauerhaft nur zu haben, wenn diese den Menschen in anderen Ländern der Welt nicht vorenthalten wird.

Gesellschaftliche Gleichstellung von Frauen und Männern

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzt sich ein für die Verwirklichung der Menschenrechte für Frauen als eine der Voraussetzungen für eine friedliche, demokratische und ökologische Gesellschaft. Die patriarchalen Strukturen unserer Kultur und Gesellschaft schreiben den Zustand von Diskriminierung, Unterdrückung und Benachteiligung fort. Die Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erkennen an, daß wirkliche Erneuerung nur erreicht werden kann, wenn Frauen und Männer gleichermaßen an der Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse beteiligt sind.

Die 70er und 80er Jahre waren für die Frauenbewegung in Westdeutschland wie auch weltweit zwei Jahrzehnte des Aufbruchs und der Hoffnung auf emanzipatorische Fortschritte. In den 80er Jahren hatten die GRÜNEN Frauen im Parteienspektrum eine gesellschaftliche Vordenkerinnenrolle. Ihre außerparlamentarischen und parlamentarischen Denkanstöße und Forderungen haben die etablierten Parteien und die öffentliche Diskussion bewegt und weitergebracht.

In der DDR wurden Frauenförderung und familienpolitische Maßnahmen staatlich verordnet. Frauen konnten durch ihre Erwerbstätigkeit und das damit verbundene Umfeld ein großes Maß an Selbstbewußtsein und materieller Unabhängigkeit entwickeln. Dennoch blieb die traditionelle Rollenverteilung zwischen Frauen und Männern bestehen, so daß eine Vielfachbelastung entstand, die allerdings von vielen Frauen hin- bzw. angenommen wurde.

In oppositionellen Friedens- und Frauengruppen der DDR entwickelte sich daher ein Bewußtsein für die Ungleichbehandlung von Frauen. Ein Ergebnis davon war die überdurchschnittliche Beteiligung von Frauen an den Ereignissen des Herbstes`89.

Die Arbeits- und Lebensbedingungen haben sich für Frauen in der gesamten Bundesrepublik und besonders in den ostdeutschen Bundesländern verschlechtert. In dem Maße wie Frauen in den neuen Ländern aus der Erwerbsarbeit verdrängt werden, verlieren sie auch die Grundlagen für ein unabhängig materiell gesichertes Leben. Zugleich werden sie oftmals auf Haus- und Erziehungsarbeit sowie unterbezahlte und gering geschätzte Arbeitsplätze festgelegt, wie es ein Großteil der westdeutschen Frauen seit langem kennt. Bei allen Unterschieden der Biographien und Erfahrungen kann die gemeinsame Betroffenheit eine Grundlage für politisches Handeln sein. Grün-bürgerInnenbewegte Politik soll dabei mobilisierend wirken.

Trotz aller Erfolge der Frauenbewegung ist die Gleichberechtigung der Frauen bisher nicht verwirklicht worden. Nachwievor dominieren die Werte einer männerbestimmten Welt. Gewalt gegen Frauen und Mädchen muß von der Gesellschaft erkannt und entschieden bekämpft werden. Das Recht auf Selbstbestimmung und selbstgewählte Lebensweise sowie auf körperliche Unversehrtheit ist unantastbar. Wir wenden uns gegen jede Art von Gesetzen, Praktiken und Verhaltensweisen, die die geistig-seelische und körperliche Integrität von Frauen und ihre Persönlichkeits- und Menschenrechte verletzen.

Ein Ziel der Politik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist es, Gleichberechtigung und paritätische Beteiligung von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen Bereichen zu verwirklichen. Deshalb sollen zur Erfüllung echter Parität Frauen bevorzugt werden, z. B. durch Mindestquotierung und besondere Fördermaßnahmen.

Mitwirkungsrechte, die sich auf die besondere Betroffenheit von Frauen beziehen, sind dabei nur ein Ausgangspunkt für die angestrebte Umgestaltung der Gesellschaft. Deswegen sieht sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verpflichtet, innerorganisatorisch die paritätische Beteiligung von Frauen herzustellen und ihnen wirksame Mittel zur echten Gleichstellung im Rahmen eines Frauenstatuts in die Hand zu geben. Herangehensweisen, Fragestellungen und Ansichten von Frauen sind konsequent und außerordentlich einzubeziehen.

Voraussetzungen dafür sind: Entsprechende Mitwirkungsmöglichkeiten zu schaffen, die es für Frauen attraktiv machen, sich zu beteiligen. Dazu gehören auch Rahmenbedingungen, die es Menschen mit Kindern ermöglichen, ihre Verantwortung als Erziehende ebenso wahrzunehmen wie bei der Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse. Frauenpolitik heißt für uns, alle Politikbereiche aus feministischer Perspektive zu untersuchen, überall die unterschiedliche Situation von Frauen und Männern in unserer Gesellschaft zu erkennen und Veränderungen einzufordern, die über bestehende Gesellschaftsmodelle hinausweisen und Frauen ein selbstbestimmtes und selbstbewußtes Leben ermöglichen.

Gewaltfreiheit

Gewaltfreiheit ist ein grundlegendes Prinzip unserer politischen Ethik. Unter Macht verstehen wir verfügendes Handeln, das im Dienste des Lebens als Ganzem notwendig und an Verantwortung gebunden ist. Macht bedarf der Legitimation und ist an den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel gebunden. Nicht legitimierte oder unverhältnismäßig ausgeübte Macht wird zur Gewalt.

Macht über Menschen sowie Macht über nicht-menschliches Leben und natürliche Ressourcen bedarf eines gesellschaftlichen Auftrags und ist rechenschaftspflichtig. Die aus Eigentum erwachsene Macht ist zu hinterfragen auf Auftrag und Rechenschaft, ohne die es ihr an Legitimität mangelt. Die Macht der Medien erfordert demokratische Kontrolle und Legitimation, die deren Unabhängigkeit von Staat, Parteien und wirtschaftlichen Interessen garantiert.

Wir befürworten die Gewaltenteilung im demokratischen Rechtsstaat einschließlich des Monopols polizeilicher Macht in der Hand des Staates, fordern aber eine Stärkung ihrer demokratischen Legitimation durch mehr Partizipation, mehr Kontrolle und mehr direkte Demokratie.

Das dem Staat übertragene Gewaltmonopol muß deshalb durch Verfassung und Gesetze auf das Notwendige beschränkt und durch die Verfassung begrenzt bleiben, sowie einer ständigen und umfassenden Kontrolle durch eine unabhängige Justiz und demokratische Entscheidungsorgane unterworfen sein.

Macht darf nur zur Erfüllung ihres gesellschaftlichen Auftrags angewandt, aber nicht zum Selbstzweck werden. Machtstrukturen müssen transparent sein. Gebrauch von Macht zur Sicherung der Macht ist Mißbrauch. Mißbrauchte und angemäßte Macht wird zur Gewalt. Gegen den Mißbrauch staatlicher Gewalt beanspruchen wir das Recht auf zivilen Ungehorsam und Widerstand. Militärische Gewalt - zumal die mit hochtechnologischen und Massenvernichtungswaffen ausgerüstete - stellt eine generelle Bedrohung dar. Krieg und Kriegsdrohung mit solchen Waffen ist schlimmste, illegitime Gewalt. Deshalb streben wir eine umfassende Abrüstung und Entmilitarisierung der Gesellschaft an und lehnen Krieg als Mittel der Konfliktlösung ab.

Wir streben eine ökologische, soziale und solidarische sowie tolerante Weltordnung an, in der es keine wirtschaftlichen und weltanschaulichen Motive für die gewaltsame Austragung von Konflikten mehr gibt, in der jeder Militarismus geächtet wird und in der die erforderlichen Grundlagen für zivile, nichtmilitärische Formen der Konfliktbewältigung, der Rechtswahrung und der Friedenssicherung gegeben sind. Internationale Konfliktregelungen zur Abschaffung des Krieges bedürfen einer demokratisch reformierten UNO.

Wir stellen uns nicht nur gegen physische und psychische Gewalt gegen Kinder, Frauen und AusländerInnen. Wir stellen uns ebenso gegen eine die Menschenwürde verletzende publizistische Gewalt. Wir wenden uns gegen alle Formen struktureller Gewalt, der weltweit in Form ökonomischer Ausbeutung und politischer Unterdrückung Menschen zum Opfer fallen. Die Ethik der Gewaltfreiheit ist eine Ethik der Erhaltung und Entfaltung des Lebens.

Für eine neue politische Kultur

Die weltweit bestehenden wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Probleme werden von der gegenwärtig vorherrschenden Politik weitgehend übergangen. Weil die etablierten Machtverhältnisse auf Besitzstandswahrung und Wohlstandserweiterung ausgerichtet sind, beschränken die damit verbundenen Konkurrenzmechanismen und hervorgerufenen Existenzängste die tatsächlichen Handlungsmöglichkeiten der Menschen. Das Ausmaß der Probleme und die politischen Antworten, die öffentliche Problemwahrnehmung sowie Wort und Tat der Verantwortlichen fallen immer stärker auseinander. Die sich zuspitzende ökologische und soziale Krise ist mit den Instrumentarien der herkömmlichen Politik nicht mehr zu bewältigen.

Die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse setzt eine grundlegende Erneuerung der politischen Kultur voraus. Sie ist zugleich eine zentrale Aufgabe bei der Überwindung einer Krise, die längst die Existenzgrundlagen der Menschen zerstört.

Unser Handeln wird bestimmt von einer politischen Ethik, die von der Verantwortung für den Menschen als Individuum, für die Gemeinschaft der Menschen und das Leben im umfassenden Sinn ausgeht. Unser Leitbild ist eine solidarisch-ökologische Gesellschaft. Wir

stellen dem Vorsatz egoistischer Einzelinteressen unser Interesse an einer durch Vernunft geordneten Welt entgegen.

Unsere politischen Vorstellungen beruhen auf der Überzeugung, daß unsere Ziele nicht durch Gewalt und Machtmißbrauch erreicht werden können. Wir vertrauen auf die Kraft der Argumente. Uns geht es darum, die Menschen für eine aktive demokratische Politik zu ermutigen. Wir sind deshalb, wo immer die Voraussetzungen für eine vernünftige Verständigung bestehen, um Dialog, die gewissenhafte Suche nach Konsens oder tragbaren Kompromissen bemüht. Einen solchen Politikansatz gilt es vor allem als Anspruch an uns selbst zu verwirklichen.

Unserem Politikverständnis liegt die Erkenntnis zugrunde, daß die Wirklichkeit nur als komplexes Ganzes in ihrer Wechselwirkung verstanden werden kann. Davon ausgehend strebt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN komplementäre, einander ergänzende und auf einander angewiesene Lösungen an, welche die Beschränkung auf Teilbereiche und Einzelprobleme überwinden. Das Denken in unaufhebbareren Widersprüchen, die Verabsolutierung von Teilinteressen in Form von Durchsetzungspolitik und Konfrontationsstrategien gilt es zu überwinden.

Wir sind uns gleichwohl bewußt, daß die Gesellschaft von widerstreitenden Interessen durchdrungen ist. Wo für uns die Suche und das Bemühen um Konsens oder überzeugende Kompromisse scheitern, sind wir gewillt, die nötigen Konflikte und Konfrontationen einzugehen. Dialog- und Konfliktbereitschaft gehören gleichermaßen zu den Bestandteilen unserer Politikfähigkeit.

Wir wollen unsere praktische Politik nicht aus vorgefertigten Weltbildern ableiten, sondern konsequent, von den vorfindbaren Problemen ausgehend, die notwendigen und angemessenen Lösungen suchen. Dabei kann das Überschreiten heutiger „Systemgrenzen“ weder ein Ziel an sich, noch ein Tabu sein.

Unsere politische Kultur soll einladend und aufnehmend und nicht abweisend und ausgrenzend sein. Sie ist darauf orientiert, Ängste abzubauen und Bereitwilligkeit für die notwendigen Veränderungen zu wecken. Sie soll die Bereitschaft stärken, für die eigenen Einsichten und Überzeugungen auch dann einzustehen, wenn sie nicht mit den herrschenden Ansichten konform gehen.

Eine solche politische Kultur schließt die entschiedene Stellungnahme gegen alle Arten und Tendenzen ein, aufgrund von Lagermentalitäten oder irrationalen Ängsten und Projektionen, anderen Menschen die gleichberechtigte Teilnahme an den politischen Prozessen zu verwehren. Sie fordert von uns Phantasie und vielfältige Aktivitäten, um die Einbeziehung der Ausgeschlossenen oder von Ausschließung Bedrohten zu erreichen. In diesem Sinne sind wir bemüht die mißverstehende Unterstellung im politischen Diskurs unter uns wie auch mit anderen zu vermeiden.

Wir suchen für unsere politische Arbeit und Reformziele AnsprechpartnerInnen und Verbündete in der Gesellschaft. Unser Politikstil ist daher - auch im Konflikt von Interessen und Bewertungen - auf Dialog, d.h. auf Klärung und gewaltfreie Auseinandersetzung orientiert. Wir streben jenseits von Vorurteilen und ideologischer Engstirnigkeit eine demokratische Kultur des Streites an.

Unseren Grundwerten folgend erwächst unsere Politik aus der Betroffenheit von Gefühl und Verstand und konzentriert sich auf rationale Überlegungen, Sachfragen und die Erarbeitung umsetzbarer Konzepte. Der Verständigung sind allerdings dort Grenzen gesetzt, wo unsere definierten Grundwerte gewaltsam verletzt werden.

Unsere politische Meinungs- und Willensbildung vollzieht sich öffentlich und soll die sachliche Auseinandersetzung und das öffentliche Problembewußtsein fördern. Wir initiieren und unterstützen weit über unsere Organisation hinausgehende öffentliche Diskurse zu allen gesellschaftlichen Lebensfragen.

Dadurch wollen wir die Bürgerinnen und Bürger zu politischer Verantwortung anregen und in konkretes Handeln einbeziehen. Individualität der Einzelnen sowie Vielfalt der Erfahrungen und Meinungen werden als wichtige Quelle von Ideen und schöpferischer Entwicklung anerkannt.

Eine neue politische Organisation

Mit der Vereinigung von BÜNDNIS 90 und DIE GRÜNEN verbinden sich die Erfahrung und der Anspruch politischer Bürgerbewegung und alternativer Partei zu einem gemeinsamen Projekt.

Das gleichberechtigte Zusammengehen Beider ist nicht das Ende der jeweiligen Entwicklung, sondern der Beginn einer qualitativ neuen Zusammenarbeit in einer gemeinsamen Organisation im vereinten Deutschland. Sie beruht auf unterschiedlichen Erfahrungshintergründen, gemeinsamen Werten und übereinstimmenden Zielen.

In der Verpflichtung auf gemeinsame Grundwerte, einer von gegenseitiger Achtung und Toleranz bestimmten Geisteshaltung und einem davon geprägten Handeln, bestehen die Herausforderungen, eine wirksame Arbeitsorganisation und sachgerechte Lösungswege zu finden.

Der Charakter unserer neuen politischen Organisation wird sich im Rahmen eines beiderseitigen Lern- und Austauschprozesses, der demokratischen Willensbildung und gesellschaftlichen Erfordernisse entwickeln.

Die innere Struktur unserer Organisation basiert auf Vereinbarungen, Regeln und Arbeitsmethoden, die eine aktive Beteiligung und Mitbestimmung ermöglichen; die Verselbständigung gewählter Gremien verhindern; die inhaltliche Qualifizierung demokratischer Entscheidungsprozesse gewährleisten; Transparenz, Kontrolle und Korrekturen gestatten und einen möglichst weitgehenden Minderheitenschutz garantieren sollen. Bürokratische Methoden der Disziplinierung lehnen wir ab.

Unsere Basisbewegung braucht verbindliche Mitarbeit, rechtliche Form, durchdachte Logistik und die Einigung auf programmatische Inhalte. Die Basisgruppen, regionalen Gliederungen und Landesverbände von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind in den jeweiligen kommunalen, regionalen und landespolitischen Fragen politisch eigenverantwortlich. Die Meinungs- und Willensbildung von Initiativen und Vereinen, der Arbeits- und Basisgruppen wird auf allen Ebenen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einbezogen.

Politische Flügel, Kreise oder Strömungen können einen wichtigen Beitrag zur innerorganisatorischen Willensbildung leisten. Eine konfrontative Verfestigung allerdings, ein Hang zur Abgrenzung, die Behauptung von Vielfalt und Beweglichkeit im Widerspruch zum gleichzeitigem Beharren auf der eigenen als der einzig richtigen Wahrheit, stehen einer auf Dialog und Konsens orientierten Sacharbeit und Streitkultur entgegen.

Politisches Anliegen unserer gemeinsamen Organisation ist eine gesellschaftliche Öffnung der innerorganisatorischen Arbeit.

Unser gemeinsames Wirken nach außen vollzieht sich in breiten Bündnissen mit Bürgerinitiativen, sozialen Bewegungen, den daraus hervorgegangenen Verbänden, Stiftungen und ExpertInnen, die sich gleichen Grundwerten verpflichtet fühlen.

Auch der Sachverstand und das Engagement derjenigen, die sich nicht parteipolitisch binden wollen, soll voll eingebracht werden können. Freie Mitarbeit sowie die Berücksichtigung auch von Nichtmitgliedern bei der Aufstellung von Wahlvorschlägen sind Beispiele dafür.

Unsere parlamentarische Arbeit soll der Öffnung unserer Politik für engagierte und sachkundige BürgerInnen dienen. Lobbyismus als die Verquickung parlamentarischer Vertretungen mit ökonomischen Sonderinteressen lehnen wir ab. Unsere Parlamentsfraktion soll die Meinung und Willensbildung der Gesamtorganisation, der sozialen Bewegungen und die Anliegen der WählerInnen in die Parlamente tragen.

Gleichwohl bleiben unsere Abgeordnete ihrem Gewissen verpflichtet. Sie haben Anspruch darauf, ihre eventuell von der Mehrheit abweichende Meinung - eindeutig als solche deklariert - öffentlich zu äußern. Sache ihrer Verantwortung und Loyalität zur Organisation und Fraktion ist es, sich der Auseinandersetzung mit den von ihnen vertretenen Positionen zu stellen.

Das Parlament ist für uns nicht nur eine Tribüne der Öffentlichkeitsarbeit, sondern zugleich der Ort vielfältiger Kleinarbeit. Unser Streben nach weitreichenden Reformperspektiven schließt eine Beteiligung an Regierungskoalitionen ein, sofern dadurch wesentliche Schritte in Richtung auf die Zielsetzungen erreicht werden können.

Oppositionsarbeit und Regierungsbeteiligung sind für uns grundsätzlich gleichberechtigte und bewährte Möglichkeiten der politischen Arbeit.

Wir sind uns bewußt, daß ohne eine breite gesellschaftliche Reformbewegung, die auf allen Ebenen, in allen Bereichen und Nischen der Gesellschaft und des Staates, ihre demokratischen Forderungen erhebt, unser politisches Vorhaben nur geringe Wirkung entfalten kann. Deswegen unterstützen wir alle Möglichkeiten des politischen Wirkens, die sich aus der parlamentarischen Arbeit und außerparlamentarischen Impulsen und Initiativen ergeben. In unserem Einsatz für die notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen verbinden sich parlamentarische Sacharbeit mit Zivilcourage und zivilem Ungehorsam. Dadurch erhalten einzelne Aktionen einen symbolischen Wert und nachvollziehbaren politischen Sinn, den sie für sich allein nicht beanspruchen könnten.